

NACHRICHTEN

GDL UND BAHN

**Erst mal wird weiter geschlichtet**



Kein Streik in Sicht: Die Züge fahren erst mal weiter Foto: dpa

BERLIN taz | Die Schlichtung im Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Bahn und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) wird bis zum 25. Juni verlängert. Darauf einigten sich die Beteiligten, wie Bahn und GDL im Auftrag der Schlichter mitteilten. Die Parteien seien sich einig, dass in den letzten Wochen wichtige Schritte zu einer Beilegung des Konflikts vereinbart worden seien. Die Schlichtung hatte am 27. Mai begonnen. Schlichter sind der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) und der frühere brandenburgische Regierungschef Matthias Platzeck (SPD). (dpa)

STUDIE

**Grundwasserbecken teils überbeansprucht**

IRVINE | Ein Drittel der weltweit größten Grundwasservorkommen sind einer Studie zufolge überbeansprucht. Das hätten Satellitenbilder gezeigt, erklärten Forscher der Universität von Kalifornien in zwei neuen Studien. Es sei unklar, wie viel Wasser in den überbelasteten Grundwasserleitern übrig sei. Nach Angaben der Forscher dürfte das Problem durch Klimawandel und Bevölkerungswachstum weiter zunehmen. Die Forscher stützen sich auf Messungen, die die Grace-Zwillingssatelliten der Nasa eingefangen haben. (ap)

EU-KOMMISSION

**Steuerparadiese am Pranger**

BRÜSSEL taz | Im Kampf gegen Steuerhinterziehung hat die EU-Kommission eine Liste mit 30 Steuerparadiesen veröffentlicht. Zu den nicht mit der EU kooperierenden Ländern gehören in Europa die Kleinstaaten Monaco, Andorra, Liechtenstein sowie die Kanalinsel Guernsey. Die meisten Steuerparadiese befinden sich den Angaben zufolge in der Karibik. Aber auch Hongkong wird genannt. Die EU-Kommission will so den Druck auf die Steuerparadiese erhöhen. Konkrete Maßnahmen gegen diese Länder nannte sie jedoch nicht. (rtr)

TROCKENHEIT

**Bauern befürchten Ernteeinbußen**

BERLIN | Wegen der knappen Niederschläge im Frühjahr fürchten die deutschen Bauern um ihre Ernte. „Es gibt Regionen, da hat es im April, Mai nur ein paar Millimeter geregnet“, sagte Verbandspräsident Joachim Rukwied. Vor allem in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Osten Deutschlands sei es viel zu trocken gewesen. Nun komme es darauf an, wie sich die zweite Juni-Hälfte entwickle. Die Trockenheit betrifft allerdings nicht alle Regionen: Im südlichen Bayern und Baden-Württemberg habe es viel zu viel geregnet. (dpa)

ZAHL DES TAGES

**Hier spricht das Orakel aus München**

Zünden Sie ein Pentagramm aus Kerzen an, blicken Sie Ihrem toten Goldfisch tief in die trüben Augen und murmeln sie den Satz: „Phöl ende Wuodan fuorun zi holza dü wart demo balderes.“ Welche Zahl zwischen Null und Drei raunt Ihnen die Unterwelt zu? 1,9? Sehr gut! Die deutsche Wirtschaft wächst 2015 um **1,9 Prozent!** Bewerben Sie sich beim Münchner Ifo Institut. Das kam in seiner neuen Konjunkturprognose auf denselben Wert.



**USA verbieten Transfette**

ESSEN Die ungesättigten Fettsäuren, etwa in Fertiggerichten, tragen zu Herzkrankheiten bei

WASHINGTON/BERLIN afp/taz | Die seit Langem als gesundheitsgefährdend geltenden Transfette sollen in den USA binnen drei Jahren aus Lebensmitteln verschwinden. Die Lebensmittelbehörde FDA begründete das Verbot am Dienstagabend damit, dass die ungesättigten Fettsäuren nicht sicher zum Verzehr seien. Es werde erwartet, dass ihr Verbot koronare Herzkrankheiten reduzieren und Tausende tödliche Herzattacken jedes Jahr verhindern werde, erklärte die Behörde. Auch wenn der Verzehr bereits deutlich gesunken sei, stelle das aktuelle Niveau weiter eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit dar.

Transfette sind in vielen Fertiggerichten, Nachtischen, in Margarine, Popcorn und Tiefkühlpizza enthalten. Die ungesättigten Fettsäuren entstehen beim Härten von Pflanzenöl. Nach der dreijährigen Übergangszeit ist nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der FDA ihre Verwendung in Lebensmitteln zulässig. Der Spitzenverband der deutschen Lebensmittelwirtschaft, BLL, sieht kein Grund für ein Verbot hierzulande. Die Industrie habe den Anteil von Transfetten so weit gesenkt, dass die durchschnittlichen Aufnahmemengen der Deutschen unbedenklich seien, teilte der BLL mit. JMA

**Handys können tödlich sein**

HANDEL Firmen sollen angeben, ob ihre Produkte Rohstoffe aus Konfliktgebieten enthalten. Das fordern Grüne und Linke und setzen die SPD unter Zugzwang

VON KATHARINA SCHWIRKUS

BERLIN taz | Grüne und Linke fordern strengere Gesetze für Unternehmen, die Rohstoffe abbauen, verarbeiten oder damit handeln. Am heutigen Donnerstag stellen die beiden Fraktionen im Bundestag einen entsprechenden Antrag. Er soll die Bundesregierung unter Druck setzen, die Einführung gesetzlich verbindlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen auf EU-Ebene zu unterstützen. CDU und SPD sind sich in dieser Frage uneins.

Dabei geht es um Rohstoffe wie Gold, Wolfram, Zinn, Tantal, die vor allem für die Produktion von Handys und Computern gebraucht werden. Sie werden hauptsächlich in China oder Afrika abgebaut. In Staaten wie dem Kongo heizen Unternehmen mit dem Abbau und Handel solcher Rohstoffe Konflikte zwischen bewaffneten Bevölkerungsgruppen an. „Ich hoffe, dass sich die SPD geschlossen für verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen ausspricht und das endlich in Regierungspolitik umsetzt“, sagt der Bundestagsabgeordnete Uwe Kekeritz (Grüne) der taz.

Beispiel ist bisher die USA: Dort müssen börsennotierte Un-



Unter dem Matsch steckt das Gold: Mine im Nordosten Kongos Foto: Finbarr O'Reilly/reuters

ternehmen seit 2010 aufzeigen, ob ihre Produkte Rohstoffe aus dem Kongo oder den Nachbarländern enthalten und ob sie dort ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen. Die EU-Kommission hat im März 2014 einen Entwurf für eine ähnliche Verordnung auf EU-Ebene vorgelegt. Er sieht jedoch lediglich eine freiwillige Offenlegung des Handels mit Konfliktrohstoffen vor. Hinzu kommt ein Bericht, ob internationale Menschenrechtsstandards eingehalten werden. Zudem betrifft die Regelung nur den Handel mit Rohstoffen vom Abbau bis zur Schmelze. Unternehmen, die weiterverarbeitete Rohstoffe nutzen, hätten somit keine Nachweispflicht. Internationale NGOs hatten diese Regelungen als „schwach“ bemängelt und gesetzlich verbindliche Regelungen auf EU-Ebene gefordert. Da-

für stimmte auch das EU-Parlament Ende Mai: Die Abgeordneten forderten mehrheitlich, dass Unternehmen per Gesetz verpflichtet werden sollen, ihre gesamten Lieferketten in Einklang mit internationalen Standards zu bringen.

**Es geht um Rohstoffe wie Gold, Wolfram, Zinn, die in Handys und Computer stecken**

Zudem sollen die Regelungen auch für weitere Rohstoffe wie Chrom und Steinkohle gelten. Derzeit legt der EU-Ministerrat seine Position fest, in dem auch die deutsche Bundesregierung vertreten ist. Danach beginnen, wie bei EU-Gesetzgebung üblich,

weitere Verhandlungen. Am Ende müsse sich Parlament, Kommission und Ministerrat einigen.

Grüne und Linke setzen mit ihrem Antrag Berlin unter Druck: Die Einführung gesetzlicher Regelungen zum Handel mit Konfliktrohstoffen sind nicht Teil des Koalitionsvertrags von CDU und SPD. Die CDU will Unternehmen zu freiwilligen Angaben bewegen, die SPD-Fraktion stimmte dagegen im Mai einstimmig für die Einführung gesetzlicher Sorgfaltspflichten. Es sei ein „langer Kampf gewesen“, auch das Wirtschaftsministerium davon zu überzeugen, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe. Wegen des Koalitionszwangs sei es allerdings schwer, dem Antrag von Grünen und Linken zuzustimmen. Die SPD überlege, einen eigenen Antrag einzubringen.

**Mehr Mitglieder im Club der Reichen**

GELD Vermögen der Dollarmillionäre ist auch 2014 schneller gewachsen als die Weltwirtschaft

BERLIN dpa/taz | Die Anzahl der Millionäre und der Umfang ihres Reichtums weltweit ist 2014 erneut stärker gewachsen als die Weltwirtschaft. Das geht aus dem Weltwohlstandsbericht hervor, den das Beratungsunternehmen Capgemini und die Royal Bank of Canada am Mittwoch veröffentlichten. Im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich das Wachstum der Gruppe der Dollar-Millionäre allerdings. Fast eine Million Menschen weltweit sind 2014 Dollarmillionäre geworden. Die Zahl der Reichen ist um 6,7 Prozent auf 14,6 Millionen Personen gestiegen, ihr Gesamtvermögen um 7,2 Prozent auf 54,6 Billionen US-Dollar. Laut Bericht ist die Wachstumsrate zwar nur halb so hoch wie 2013 und die zweitniedrigste der letzten fünf Jahre. Im Vergleich zum Weltwirtschaftswachstum von 2,6 Prozent im Jahr 2014 ist das dennoch hoch.

In Indien gibt es über 40.000 neue Reiche, ein Plus von 26 Prozent; am zweitstärksten wuchs die Gruppe der sehr Wohlhabenden in China. Damit ist Indien an der Spitze des Länderrankings.

Die USA bleiben das Land mit dem größten Millionärsvermögen und den meisten Millionären, nämlich mehr als 4 Millionen. China liegt hier auf dem vierten Platz mit 890.000 Reichen. Trotz Wachstums bleibt Afrika das Schlusslicht: Hier leben nur 100.000 Superreiche.

In Deutschland leben 1,14 Millionen Millionäre, das Land befindet sich damit auf Rang drei. Das relativ geringe Wachstum von einem Prozent ist stellvertretend für das wirtschaftlich schwächelnde Europa. Der Weltwohlstandsbericht nennt als Gründe den langsamen wirtschaftlichen Erholungsprozess und die niedrigen Zinsen.

Der jährliche Bericht ist nicht unumstritten. Kritiker bemängeln vor allem die unklare Datenerhebung.

VINCENT BUSS



Reichenleben in China auf einer Luxus-Lifestyle-Show Foto: A. Bradshaw/dpa

**Große Bühne für den „größten Unsinn“**

KONTROVERSE Wegen der Einladung eines Klimawandel-Leugners auf ein Podium steht die staatliche Bundeszentrale für politische Bildung in der Kritik von Wissenschaftlern und Grünen

BERLIN taz | Es klingt nach einer hochwissenschaftlichen Veranstaltung: „Energiewende und Klimawandel – Fakten auf dem Prüfstand“ nennt die Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) ihre Podiumsdiskussion, die am Montag in Berlin stattfinden soll. Doch ein Klimawissenschaftler war bei Debatte zunächst nicht vorgesehen.

Stattdessen lud die staatliche Bildungseinrichtung neben einem Vertreter des Stromkonzerns RWE und dem ehemaligen Grünen-Bundestagsabgeordneten Hans-Josef Fell mit Michael Limburg den Vizepräsidenten des Europäischen Instituts für

Klima und Energie (Eike) ein. Anders als der Name vermuten lässt, handelt es sich dabei nicht um ein wissenschaftliches Institut, sondern um den Verein, in dem sich die deutschen „Klimaskeptiker“ zusammengeschlossen haben – also jene Akteure, die bestreiten, dass es den Klimawandel gibt oder dass der Mensch dafür verantwortlich ist.

Dass die BPB diesem Verein, in dem kein einziger Klimawissenschaftler mitarbeitet und der keine einzige anerkannte wissenschaftliche Publikation vorzuweisen hat, ein Forum bietet, stößt bei ernsthaften Klimawissenschaftlern auf Kritik. „Natur-

lich ist auch der größte Unsinn durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt“, meint etwa Brigitte Knopf, am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung tätig und derzeit Geschäftsführerin des Mercator Research Instituts in Berlin. „Aber die Bundeszentrale muss sich fragen lassen, ob sie die Verbreitung wissenschaftlich nicht abgesicherter Thesen wirklich mit ihrem Bildungsauftrag vereinbaren kann.“

Auch Julia Verlinden, früher am Umweltbundesamt tätig und derzeit Bundestagsabgeordnete der Grünen, ist es „schleierhaft, wie die Bundeszentrale für poli-

tische Bildung als öffentliche Institution auf die Idee kommt, mit Herrn Limburg einen Leugner des Klimawandels aufs Podium zu hieven.“

Die BPB weist die Kritik zurück. Auch wenn Klimawandel-Leugner nur „vereinzelte Stimmen“ seien, sollten sie doch Raum bekommen, teilte sie auf Anfrage mit; dadurch könne „die Meinungsbildung in der Sache unterstützt werden“. Offenbar als Reaktion auf die Kritik wurde aber immerhin das Podium erweitert: Nun sollen dort auch eine Journalistin und ein echter Klimawissenschaftler sitzen.

MALTE KREUTZFELDT